

Thema der Woche

Innovationsanzeiger: Österreich verbessert Positionierung um drei Plätze - Abstand zur Spitze ist aber weiterhin groß

In Kürze

Neues Webtool bietet bessere Abstimmung von Arbeitsangebot- und nachfrage

Neues aus dem Rat

Europäischer Rat: Beschluss über EU-Agenturen im November
Überarbeiteter EU-Finanzrahmen: Mehr Geld für Wachstum und Jobs
Umweltminister beraten über Klima- und Naturschutzpolitik
Ständige Vertreter wollen „stop-the-clock-Regelung“ verlängern

Neues aus dem Europäischen Parlament

Justizausschuss stimmt für überarbeitete Blue Card
Lebensmittel: Kommissar Hogan kündigt erste Schritte gegen unlautere Handelspraktiken für 2018 an
Anhörung zur Überarbeitung der Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

Neues aus anderen Bereichen

Gemeinsame WKÖ und BIHK-Veranstaltung zu KMU-Finanzierung:
Verhältnismäßigkeit bei Bankenregulierung als zentrale Forderung

Statistik der Woche

Unsere Online-Welt in Zahlen

Jobs+Jobs+Jobs

EMSA sucht Temporary Agent

EASO sucht Senior Information Officer (Country Guidance)

EASA sucht Environment Expert - Aircraft Operations and Aerodromes

EU-Agenda

EU-Kommission: 2218. Sitzung am 28. Juni 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Innovationsanzeiger: Österreich verbessert Positionierung um drei Plätze - Abstand zur Spitze ist aber weiterhin groß

Dem am Dienstag veröffentlichten Europäischen Innovationsanzeiger der Europäischen Kommission zufolge konnte Österreich seine Positionierung gegenüber dem Jahr 2016 um drei Plätze auf Rang 7 verbessern: Österreich konnte mit einem Wert von 121,5 Punkten im Summary Innovation Index und etwas Rückenwind durch geänderte Indikatoren gegenüber dem Vorjahr Luxemburg (121,4), Belgien (120,9) und Irland (115,7) überholen und führt damit die Verfolgergruppe (Strong Innovators) an. Der Abstand zur Spitze, den sog. Innovation Leaders, ist aber groß.

Die Verbesserung ist sowohl auf eigene Anstrengungen als auch eine neue Methodik zurückzuführen. Fortschritte hat Österreich vor allem im Bereich der Finanzierung und bei Innovationen im **Unternehmenssektor** gemacht. Seit 2010 stark verbessert hat sich Österreich bei den F&E-Ausgaben der Wirtschaft. Punkten kann Österreich auch beim Anteil der Unternehmen, die IKT-Ausbildung anbieten, und bei der Kooperationsbereitschaft von KMU. Bei diesen Faktoren weist Österreich ein im EU-Vergleich schon hohes Niveau und eine hohe positive Dynamik auf.

Günstig für Österreich wirken sich zudem im aktuellen Ranking auch Veränderungen des Indikatorensystems aus. Von bisher 25 Indikatoren wurden unter anderem 3 gestrichen und 5 neu hinzugefügt. **Zurückgefallen** ist Österreich seit 2010 u.a. durch den mangelhaften Breitbandausbau, die ungünstige Entwicklung bei der Einstellung zu chancengetriebenen Unternehmensgründungen und bei der Vernetzung im Innovationsystem.

„Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich ist es nötig, dass Österreich was Forschung und Innovation betrifft weiter offensiv bleibt und die Leistungsfähigkeit in Forschung und Innovation weiter ausbaut. Aktuell sind dafür eine Umsetzung der Erhöhung der Nationalstiftung, eine Erhöhung der Forschungsprämie von 12 auf 14 Prozent sowie offensiver Finanzierungspfad der Direktfördermittel für Forschung und Innovation im Bundesfinanzrahmengesetz 2018-2021 nötig“, so WKÖ-Vizepräsidentin Martha Schultz.

Der **Europäische Innovationsanzeiger** vergleicht die Innovationleistung und Entwicklung der EU-Mitgliedsländer und ihrer Hauptkonkurrenten anhand von 27 innovationsrelevanten Indikatoren, z.B. Humanressourcen, Attraktivität der Forschungssysteme, Umfeld für öffentliche und private Investitionen in Forschung und Innovation, Unternehmertum, Vernetzung und geistiges Eigentum. Das Gesamtergebnis wird mit dem „Summary Innovation Index“ zusammengefasst. Das jährliche Ranking gibt Aufschluss über die Leistungsfähigkeit, relative Defizite des Standorts und Erfolge der Innovationspolitik aller EU-Länder.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

In Kürze

Neues Webtool bietet bessere Abstimmung von Arbeitsangebot- und nachfrage

Am Dienstag **präsentierte die Europäische Kommission** anlässlich des Weltflüchtlingstags der Vereinten Nationen das **„EU-Instrument zur Erstellung von Kompetenzprofilen für Drittstaatsangehörige“**. Dieser **Off-/Online-Webeditor** soll **Drittstaatsangehörigen ermöglichen, ihre Kompetenzen, Qualifikationen und Erfahrungen** für Arbeitgeber, Bildungsanbieter und Organisationen, die mit Migranten arbeiten, **übersichtlich und verständlich darzustellen**. Die **WKÖ begrüßt Maßnahmen, die dazu beitragen, eine bessere Abstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage zu erreichen**. Eine der großen **Herausforderungen** auf Europas Arbeitsmärkten besteht heute in einem Ungleichgewicht zwischen den am Arbeitsmarkt vorhandenen und nachgefragten Qualifikationen (**skills mismatch**). Damit wird der **Fachkräftemangel** zu einem immer bedeutenderen Problem für die österreichische Wirtschaft.

Neues aus dem Rat

Europäischer Rat: Beschluss über EU-Agenturen im November

Am Rande der Tagung des **Europäischen Rates**, die am 22. Juni 2017 stattfand, billigten die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten das Verfahren zur Verlegung der in London ansässigen Europäischen Arzneimittel-Agentur und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union.

Die EU-Mitgliedstaaten **entscheiden im November per Abstimmung über die neuen Standorte** für die zwei EU-Agenturen. Alle interessierten Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, bis spätestens **31. Juli 2017** ihr Angebot für die Bewerbung als Aufnahmeland der Agenturen einzureichen. Allein für den neuen Sitz der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) mit 890 Beschäftigten haben sich bisher 17 Mitgliedstaaten - darunter **Österreich** - offiziell beworben. Bei der EU-Bankenaufsicht (EBA) mit 189 Mitarbeitern gibt es vorläufig fünf offizielle Bewerbungen. Drei andere Länder haben eine Bewerbungsabsicht.

Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Schlussfolgerungen zu Sicherheit und Klimawandel. Weiters wurden Migration und die Fortschritte auf dem Weg zur Vertiefung des Binnenmarkts diskutiert.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Überarbeiteter EU-Finanzrahmen: Mehr Geld für Wachstum und Jobs

Im Rahmen des Rates Allgemeine Angelegenheiten am Dienstag in Luxemburg wurde die Verordnung zur Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) angenommen. Dies wurde möglich, nachdem die Delegation des Vereinigten Königreichs ihren Vorbehalt aufgehoben hatte. Die überarbeitete MFR-Verordnung wird nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft.

Die Europäische Union wird **zukünftig mehr Geld für Wachstum und Jobs sowie die Migrationskrise** bereitstellen: Dies sind die Hauptziele des überarbeiteten EU-Haushaltsrahmens für 2014-2020. Der überarbeitete MFR erhöht die für die EU-Hauptprioritäten vorgesehenen Mittel um **6,01 Milliarden Euro** für die Jahre 2017-2020. Diese Mittel sollen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung von Investitionen und zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums sowie zur Bewältigung der Migration und ihrer Wurzeln verwendet werden. Das **Paket** umfasst darüber hinaus auch Vorschläge, wie der EU-Haushalt besser und schneller auf unvorhergesehene Umstände reagieren kann, während **gleichzeitig die Haushaltsordnung vereinfacht und stärker ergebnisorientiert wird**.

2,08 Milliarden Euro sollen dazu beitragen, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen, etwa durch mehr **Mittel für Programme wie die Jugendinitiative (+ 1,2 Milliarden €), Horizont 2020 (+ 200 Millionen €) und Erasmus+ (+ 100 Millionen €)**. 2,55 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, um die Migration zu bewältigen, die Sicherheit zu erhöhen und die Kontrolle der Außengrenzen zu stärken.

Die **WKÖ begrüßt, dass der überarbeitete mehrjährige Finanzrahmen einen Fokus auf die Ankurbelung von Wachstum und Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen legt**. Insbesondere die erhöhten Mittel für Programme wie Horizont 2020 oder Erasmus+ sind eine wertvolle Investition, um die nach wie vor hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit in zahlreichen Mitgliedstaaten zu bekämpfen und Unternehmen zu unterstützen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Umweltminister beraten über Klima- und Naturschutzpolitik

Vergangenen **Montag** tagten die **Umweltminister** der 28 EU-Mitgliedstaaten. In Bezug auf die internationale Klimapolitik **bedauerten** die Minister den **geplanten Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaschutzvertrag** und betonten gleichzeitig, dass die EU nun umso mehr die globale Führungsrolle in diesem Bereich übernehmen wird. Weiters wurde festgehalten, dass **eine Neu- oder Nachverhandlung** des internationalen Abkommens, welches lange Zeit mühsam ausverhandelt wurde, **nicht in Frage kommt**.

Eine konkrete Maßnahme der EU, zur Erfüllung ihrer international eingegangenen Verpflichtung, die Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2030 um 40 Prozent zu reduzieren, ist die sogenannte **„Effort-Sharing-Verordnung“**, mit welcher bindende Treibhausgasreduktionsziele der einzelnen Mitgliedstaaten für jene Sektoren festgelegt werden, die nicht dem Emissionshandelssystem (ETS) unterliegen. Betroffen sind in erster Linie die Sektoren Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft sowie die Abfallwirtschaft.

Zu diesem Verordnungsvorschlag hielten die Minister ihre **Verhandlungsfortschritte** fest und orteten noch **weiteren Gesprächsbedarf**. Vor allem eine neu vorgeschlagene **Sicherheitsreserve**, welche jenen Mitgliedstaaten deren BIP unter dem EU-Schnitt liegt und die bereits erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um ihr 2020-Ziel zu erreichen, gewisse Flexibilitäten bei der Zielerfüllung verleihen sollte, muss noch genauer ausverhandelt werden. Die Minister bekräftigten ihren **Willen, noch vor der nächsten**

Klimakonferenz, welche von 6.-17. November stattfinden wird, eine **Einigung** zur Effort-Sharing-Verordnung zu finden. In Bezug auf diesen Legislativvorschlag weist die WKÖ darauf hin, dass der aktuelle Ansatz, wonach sich die Emissionsreduktionspflichten der einzelnen Mitgliedstaaten **nach dem Kriterium BIP/Kopf bemessen**, **sehr kritisch** zu sehen ist. Besser wäre es stattdessen, dort anzusetzen, wo Emissionen am **kosteneffizientesten** reduziert werden können, was beispielsweise durch ein Anknüpfen an der Kennzahl **Emissionen/BIP** möglich wäre.

Ein weiterer Punkt, der am Umweltministerrat behandelt wurde, betrifft den „**Aktionsplan für Mensch, Natur und Wirtschaft**“ - einen 15 Maßnahmen umfassenden Plan zur **besseren Umsetzung der sogenannten „Naturschutz-Richtlinien“** (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und Vogelschutz-Richtlinie). Nachdem eine REFIT-Evaluierung vergangenes Jahr ergeben hat, dass es in Bezug auf das Regelwerk an sich keinen Änderungsbedarf gibt, aber Verbesserungspotenzial bei der praktischen Umsetzung bestehe, reagierte die Kommission mit dem angeführten Aktionsplan. Die **Minister unterstützten die darin beschriebenen Maßnahmen** und wiesen darauf hin, dass vor allem der **Mangel an ausreichender Finanzierung** ein Hindernis für die vollständige Umsetzung der Naturschutz-Richtlinien sei. Aus diesem Grund **forderten** sie entsprechende **Förderungen** durch vorhersehbare, adäquate und zielgerichtete EU-Mittel. Darüber hinaus sollte in Zukunft die **Naturschutz-Politik enger mit anderen Politikbereichen**, wie der gemeinsamen Agrarpolitik oder der Forschungspolitik **abgestimmt** werden.

Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft ist die im Aktionsplan festgehaltene **Tendenz** bei der Umsetzung der Naturschutz-Richtlinien nun **verstärkt mit regionalen Behörden, Grundbesitzern und anderen Interessenträgern zusammenzuarbeiten vom Ansatz her positiv**; im Gesamtprozess greift diese kooperative Komponente **aber zu spät**. Die gemeinsame Erarbeitung von Bewirtschaftungsmethoden oder Erhaltungsmaßnahmen ist gut und richtig - wichtiger wäre es allerdings bereits davor, d.h. bei der Gebietsausweisung neben rein naturschutzfachlichen Gründen auch die Anliegen der Grundbesitzer und Interessenträger zu berücksichtigen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis

Ständige Vertreter wollen „stop-the-clock-Regelung“ verlängern

Die Ständigen Vertreter der 28 EU-Mitgliedstaaten einigten sich diese Woche auf eine Position zur Frage der zukünftigen Einbindung der interkontinentalen Luftfahrt in das Emissionshandelssystem (ETS). Nach der bestehenden Rechtslage ist die **Luftfahrtindustrie grundsätzlich dem ETS unterworfen**. Gemäß der sogenannten „**stop-the-clock-Regelung**“, sind jedoch alle Flüge zwischen **Drittstaaten** und der EU zeitlich beschränkt von den Pflichten des ETS ausgenommen. Diese Ausnahmeregelung wurde im Hinblick darauf beschlossen, Verhandlungen zu einem globalen System zur Reduktion von Treibhausgasemissionen in der Luftfahrt nicht zu behindern.

Tatsächlich ist es **im Jahr 2016 gelungen**, sich im Rahmen der internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) grundsätzlich darauf zu einigen die **Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr durch einen globalen, marktbasieren Mechanismus zu stabilisieren**. Das System setzt voraus, dass Fluggesellschaften ihre jährlichen CO₂-Emissionen auf internationalen Strecken überwachen und melden und die über die Werte von 2020 hinausgehenden Emissionen ausgleichen. Um diese globale Grundsatzvereinbarung zu konkretisieren, werden nun **ausführliche Vorschriften für den globalen marktbasieren Mechanismus ausgearbeitet** und im Laufe des Jahres 2018 von der ICAO angenommen. Ab 2019 sollte sodann Emissionsdaten erfasst werden, worauf aufbauend im Jahr 2021 der Mechanismus anlaufen wird.

Um diese durchaus **noch schwierigen Verhandlungen** im Rahmen der ICAO zur Konkretisierung des marktbasierenden Mechanismus nicht zu hemmen, hat die Kommission vorgeschlagen, die „**stop-the-clock-Regelung**“ **welche ursprünglich 2016 ausgelaufen wäre, zu verlängern**. Mit anderen Worten bedeutet dies, dass der bisherige geografische Anwendungsbereich des ETS der EU für den Luftverkehr, der nur Flüge zwischen Flughäfen im Europäischen Wirtschaftsraum erfasst, beibehalten werden sollte.

Die **Mitgliedstaaten stimmten dieser Verlängerung der Ausnahmeregelung** diese Woche zu. Sie sprachen sich allerdings dafür aus, im Jahre 2021 die Luftfahrt **nicht** - wie von der Kommission vorgeschlagen - **automatisch** der im ETS zur Anwendung kommenden **jährlichen Zertifikatekürzung von 2,2 Prozent** zu unterwerfen. Vielmehr sollte vor diesem Schritt eine Überprüfung der konkreten Ausgestaltung des globalen marktbasierenden Mechanismus zur Treibhausgasreduktion im Luftfahrtsektor durchgeführt werden.

Aus Sicht der WKÖ ist ein globales System, um die Emissionen von Treibhausgasen in der Luftfahrtbranche in den Griff zu bekommen, **der richtige Weg**. Zu begrüßen ist, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten einen Ansatz wählen, der den internationalen Verhandlungen förderlich ist. Sobald ein weltweiter Mechanismus zur Treibhausgasreduktion im Luftfahrtsektor wirksam wird, ist aus Sicht der WKÖ jedenfalls auch die regionale Unterwerfung innereuropäischer Flüge unter das ETS zu hinterfragen, da diese bei gleichzeitigem Bestehen eines entsprechenden globalen Mechanismus eine **Doppelbelastung** darstellt.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis



Justizausschuss stimmt für überarbeitete Blue Card

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (**LIBE**) hat am 15. Juni über den **Berichtsentwurf** zur Überarbeitung der sogenannten **Blue-Card-Richtlinie** abgestimmt. Der Bericht wurde mit 45 zu 10 Stimmen, 2 Enthaltungen angenommen. Mit der von der EU Kommission 2016 vorgelegten Überarbeitung soll die Europäische Union **attraktiver für hochqualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten** werden. Gleichzeitig sollen **legale und transparente Zuwanderungsmöglichkeiten** in die EU entstehen. Ziel ist eine EU-weite Regelung, die die **Wettbewerbsfähigkeit** der EU stärkt und sowohl für Bewerber als auch für Arbeitgeber größere Klarheit bringt.

Laut den neuen Regeln dürften **nationale Systeme**, wie zum Beispiel die in **Österreich etablierte Rot-Weiß-Rot Card**, nicht mehr angewandt werden. Dies hat auch der LIBE-Ausschuss in seinem Bericht festgehalten. Aus Sicht der Wirtschaft ist die Beibehaltung gut funktionierender nationaler Systeme wichtig. Die Rot-Weiß-Rot-Card kann von weitaus mehr Arbeitskräften aus Drittstaaten in Anspruch genommen werden als die Blue-Card. Zudem wird damit in Österreich auch dem **Fachkräftemangel** begegnet. Besser als ein einziges EU-weites System wäre aus Sicht der WKÖ ein positiver Wettbewerb zwischen Blue Card und nationalen Zuwanderungsregelungen.

Ansprechpartner: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Lebensmittel: Kommissar Hogan kündigt erste Schritte gegen unlautere Handelspraktiken für 2018 an

Bereits Anfang des Jahres kündigte Landwirtschaftskommissar Phil Hogan an, gegen unlautere Handelspraktiken härter vorgehen zu wollen. Eine **Task Force** hatte zuvor **Vorschläge** zur Verbesserung der Stellung der Landwirte in der **Lebensmittelversorgungskette** ausgearbeitet. Konkret wurde empfohlen, die **Markttransparenz** durch die Einführung verbindlicher Preisberichterstattung bzw. der Bereitstellung aktueller Daten zu verbessern. Als wichtigen Punkt hebt der Bericht das Erfordernis von Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken hervor. Freiwillige Maßnahmen wären zwar hilfreich, könnten einen Durchsetzungsmechanismus jedoch nicht ersetzen. Das Fazit, das diese Woche auch bei den Europaparlamentariern Anklang fand, heißt **Europäische Rahmengesetzgebung**.

Am 21. Juni fand im Europäischen Parlament im Ausschuss für Landwirtschaft (**AGRI**) eine Diskussion zum Thema unfaire Handelspraktiken mit Landwirtschaftskommissar Hogan und Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager statt. Dabei wurde von Hogan ein erster Zeitplan aufgezeigt. Konkret plant die EU-Kommission im ersten Halbjahr 2018 eine Roadmap vorzulegen, worauf eine Stakeholder-Konsultation und Folgenabschätzung folgen soll. Hogan betonte dabei auch, dass **bereits 20 Mitgliedstaaten entsprechende legislative Maßnahmen gesetzt** hätten - aus diesem Grund sei eine europaweite Rahmengesetzgebung erforderlich.

In **Österreichs Supermärkten** wird großer Wert auf regionale Produkte gelegt. Dies zeigt sich an zahlreichen Beispielen sowohl in großen Supermarktketten als auch im kleinen Nahversorger. Ohne eine entsprechend **funktionierende Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Handel** wäre die Bereitstellung qualitativ hochwertiger, regionaler Produkte nicht möglich. Für die Wirtschaftskammer Österreich ist es daher ein Anliegen, diese Kooperation weiter zu verbessern und auszubauen. Das gilt sowohl für die nationale als auch europäische Ebene. Ein Erfordernis **neuer EU-weiter Gesetzgebungsinitiativen** wird allerdings nicht gesehen, zumal diese einerseits für die österreichische Wirtschaft mit weiterem **bürokratischem Aufwand** verbunden wären und es andererseits ein funktionierendes Wettbewerbsrecht gibt.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Anhörung zur Überarbeitung der Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

Am 22.6.2017 fand im Europäischen Parlament eine gemeinsame Anhörung des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (**EMPL**) und des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (**FEMM**) statt. Diskutiert wurde dabei der kürzlich vorgelegte Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der **Richtlinie** zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben.

Von Seiten der Parlamentarier wird der Vorschlag als wichtig erachtet, da dieser Frauen fördere und eine Gleichstellung der Geschlechter bewirke. Ebenso seien die vorgeschlagenen fünf Tage Pflegeurlaub pro Jahr ein Schritt in die richtige Richtung. Die zur Anhörung eingeladenen Sachverständigen sprachen sich insbesondere für **flexiblere Arbeitszeitmodelle, finanzielle Unterstützung sowie sozialen Schutz für nicht fachliches Pflegepersonal, die gesetzliche Anerkennung von mitarbeitenden Familienmitgliedern und Karenzzeiten für beide Elternteile** aus. Die Europäische Kommission betonte den Nutzen der Richtlinie sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft. Die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sei aus einer der wichtigsten Punkte.

Aus Sicht der Wirtschaft ist der Vorschlag differenziert zu betrachten. Vor allem die Neuerungen bezüglich der Finanzierung des Vaterschafts-, Eltern- und Pflegeurlaubs in Höhe des Krankengeldes ist kritisch zu sehen. Das Anliegen der Europäischen Kommission, einen Vaterschaftsurlaub und einen Pflegeurlaub einzuführen, hätte mit anderen Mitteln erreicht werden können, als mit dem vorliegenden Vorschlag. Dieser hebt gleichzeitig die Elternurlaubsrichtlinie auf, die auf Basis eines europäischen Sozialpartnerabkommen geschlossen wurde.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Gemeinsame WKÖ und BIHK-Veranstaltung zu KMU-Finanzierung: Verhältnismäßigkeit bei Bankenregulierung als zentrale Forderung

Die zukünftige Sicherstellung der Kreditversorgung des Mittelstandes stand bei der am Dienstag vom EU-Büro der WKÖ sowie der Bayerischen Industrie und Handelskammer organisierten Veranstaltung im Mittelpunkt der Diskussion. Konsens bestand in dem aus politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene sowie Unternehmensvertretern bestehenden Panel dahingehend, dass ein "One size fits all"-Ansatz in der Bankenregulierung wenig hilfreich sei und ein beutendes Risiko für die Kreditvergabe an den Mittelstand darstelle. WKÖ-Experte Erich Kühnelt (links im Bild) sprach sich in der von rund 90 interessierten Teilnehmern besuchten und lebhaften Diskussionsrunde insbesondere dafür aus, kleine und mittlere Kreditinstitute von unverhältnismäßigen Regulierungsaufgaben zu befreien.



Damit KMU in der Lage sind, Wachstumsimpulse zu entfalten, brauchen diese geeignete Rahmenbedingungen. Investitionen der KMUs werden zu einem Teil aus dem Eigenkapital gestemmt, zum großen Teil jedoch über Bankkredite finanziert, da die meisten KMU zu klein sind, um am Kapitalmarkt zu partizipieren bzw. das benötigte Kreditvolumen für den Kapitalmarkt zu gering ist. Deutsche und österreichische Unternehmen sind daher beispielsweise zu etwa 80 Prozent auf die Bankenfinanzierung angewiesen, lediglich 20 Prozent können sich des Kapitalmarktes bedienen. Aus diesem Grund sind gerade für die mittelständisch geprägte Wirtschaft stabile Kreditinstitute unverzichtbare Partner zur Bereitstellung von Fremdkapital. Kredite ermöglichen Wachstum und sind damit ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensfinanzierung. Aus diesem Grund tritt die WKÖ dafür ein, dass die Fähigkeit der Banken, den Mittelstand mit Krediten zu versorgen, nicht eingeschränkt wird.

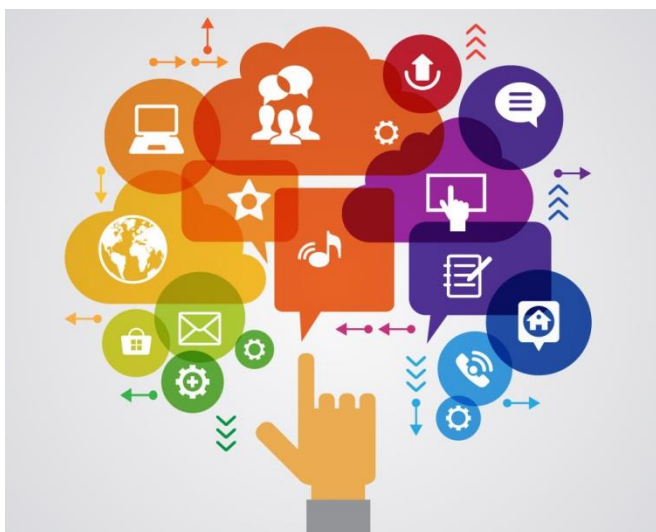
Ansprechpartner: Martin Schmid



Unsere Online-Welt in Zahlen

Eurostat veröffentlichte letzte Woche die „Online-Welt in Zahlen“ und beantwortet darin Fragen zur Internetnutzung durch Unternehmen und Gesellschaft sowie zu spezifischeren Themen wie Onlineverkäufen. Alltägliche Tätigkeiten sowie fast alle Unternehmenstätigkeiten beinhalten heute die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wie Computern, Laptops oder Smartphones. Interessant ist zum Beispiel, dass **nur 3 Prozent der Unternehmen in der EU keine Internetverbindung besitzen**.

Die von Eurostat veröffentlichte Online-Publikation **teilt sich in vier Kapitel**. Der erste Teil behandelt das Profil der digitalen Gesellschaft und Unternehmen, u.a. wofür und wie Unternehmen das Internet und andere IKT verwenden. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit dem elektronischen Handel, d.h. dem Kauf und Verkauf von Gütern und Dienstleistungen im Internet. Das nächste Kapitel beinhaltet Antworten zum Thema Internetsicherheit und der Nutzung der Cloud. Der letzte Teil diskutiert den **digitalen Binnenmarkt, der eine der zehn Topprioritäten der Europäischen Kommission ist**.



Quelle: eurostat

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

Jobs + Jobs + Jobs

EMSA sucht Temporary Agent

Die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) mit Sitz in Lissabon sucht:

Temporary Agent

Project Officer for Maritime Security, Grade: AD7

Bewerbungen sind bis zum 7. Juli 2017 möglich; weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EASO sucht Senior Information Officer (Country Guidance)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

Senior Information Officer (Country Guidance)

Grade: AD 7, Ref.: EASO/2017/TA/019

Bewerbungen sind bis zum 17. Juli 2017 möglich; weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EASA sucht Environment Expert - Aircraft Operations and Aerodromes

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit Sitz in Köln sucht:

Environment Expert - Aircraft Operations and Aerodromes

Ref.: EASA/AD/2017/002

Bewerbungen sind bis zum 17. Juli 2017 möglich; weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2218. Sitzung am 28. Juni 2017:

Grundrechte und Rechtsstaat / Migration und Inneres/ Justiz und Verbraucher / Sicherheitsunion

Vorschlag für eine Verordnung für ein zentralisiertes System zur Bestimmung der Mitgliedstaaten, die Informationen über Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen

und Staatenlosen haben und zur Unterstützung des Europäischen Informationssystems über Strafregister (ECRIS-TCN-System).

Vorschlag für eine Verordnung über die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Bericht über die Funktionsweise der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA).

Achter Bericht über die Fortschritte in Richtung einer effektiven Sicherheitsunion.

Euro und Sozialer Dialog/ Kapitalmarktunion/ Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen / Steuern und Zoll

Vorschlag für eine Verordnung über ein paneuropäisches Produkt individueller Altersvorsorge.

Empfehlung der Kommission über die steuerliche Behandlung der Ruhestands-Produkte, einschließlich der paneuropäischen Produkte individueller Altersvorsorge.

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

26. Juni Haushaltskontrollausschuss

Sonderbericht Nr. 2/2017 des Rechnungshofs (Entlastung 2016) mit dem Titel „Die Verhandlungen der Kommission über die Partnerschaftvereinbarungen und Programme der Kohäsionspolitik 2014-2020: gezieltere Ausrichtung der Ausgaben auf die Prioritäten von Europa 2020, aber zunehmend komplexere Regelungen für die Leistungsmessung“. CONT/8/09770

Sonderbericht NR.4/2017 des Rechnungshofs (Entlastung 2016) mit dem Titel „Schutz des EU-Haushalts vor vorschriftswidrigen Ausgaben: Die Kommission machte während des Zeitraums 2007-2013 im Bereich Kohäsion zunehmend von Präventivmaßnahmen und Finanzkorrekturen Gebrauch“. CONT/8/10093

Kontrolle der Ausgaben und Überwachung der Kostenwirksamkeit der EU-Jugendgarantie

Tagungen des Rates

26. Juni Energie

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz (erste Lesung). Interinstitutionelles Dossier: 2016/0376 (COD)

= Allgemeine Ausrichtung

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (erste Lesung). Interinstitutionelles Dossier: 2016/0381 (COD)

= Allgemeine Ausrichtung

Paket „Saubere Energie“ (erste Lesung)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Allgemeine und berufliche Bildung

Öffentliche Konsultation über die "Empfehlung zur Förderung der sozialen Eingliederung und gemeinsamer Werte durch formales und nichtformales Lernen"

19.05.2017 - 11.08.2017

Bank- und Finanzwesen

Öffentliche Konsultation zu Kollisionsnormen für Drittpartei-Effekte von Forderungsübertragungen

07.04.2017 - 30.06.2017

Beschäftigung und Soziales

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA

05.04.2017 - 05.07.2017

Digitale Wirtschaft

Öffentliche Konsultation zum Thema „Modernisierung des EU-Gesellschaftsrechts“: Regelungen über digitale Lösungen und effiziente grenzüberschreitende Unternehmensaktivitäten

10.05.2017 - 06.08.2017

Öffentliche Konsultation zur Datenbankenrichtlinie: Anwendung und Wirkung

24.05.2017 - 30.08.2017

Energie

Öffentliche Konsultation zu Energieinfrastruktur-Projekten von gemeinsamem Interesse - Projekte im Ölbereich und intelligente Netze

03.04.2017 - 26.06.2017

Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur

27.03.2017 - 26.06.2017

Inhaltsverzeichnis

Institutionelle Angelegenheiten

Öffentliche Konsultation über die Europäische Bürgerinitiative (EBI)
24.05.2017 - 16.08.2017

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation - Aufforderung zur Einreichung von Beweismitteln über die Durchführung kollektiver Rechtsbehelfe in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union
22.05.2017 - 15.08.2017

Kommunikationsnetze, Inhalt und Technologie

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Revision der .eu Top-Level-Domain-Vorschriften
12.05. 2017 - 04.08. 2017

Migration und Asyl

Legale Zuwanderung von Nicht-EU-Bürgern - Öffentliche Konsultation
19.06. 2017 - 18.09. 2017

Steuern

Öffentliche Konsultation zu Verbrauchssteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke
18.04.2017 - 17.07.2017

Öffentliche Konsultation über das allgemeine Verbrauchsteuersystem - Harmonisierung und Vereinfachung
11.04.2017 - 04.07.2017

Unternehmen

Zwischenbewertung des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (COSME) (2014-2020)
10.05.2017 - 31.08.2017

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Straßenverkehrsinfrastruktur und Sicherheit von Tunneln
14.06.2017 - 10.09.2017

Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme
05.05.2017 - 28.07.2017

Inhaltsverzeichnis